

Bern

«Keine Varianten ausschliessen»

Die Linienführung der geplanten Velobrücke wird zum Wahlkampfthema: Stapi-Kandidat Alec von Graffenried fordert seine Kontrahentin Ursula Wyss auf, «den Fächer an Lösungen» offen zu lassen.

Adrian Müller

Ein kühler Wind wehte einer Delegation des Stadtrats gestern entgegen: Anwohner protestierten bei einem Rundgang vor Ort mit Transparenten gegen den Bau der Velobrücke. Für viel Emotionen gesorgt hat insbesondere die Linienführung im Bereich der Polygonbrücke. Selbst der Präsident des Vereins Pro Panoramabrücke, Alec von Graffenried, ist unzufrieden mit dem Vorgehen der Stadt: «Man sollte den Fächer an Lösungen offen lassen und noch keine Varianten ausschliessen.» Er stichelt damit indirekt gegen seine Kontrahentin ums Stadtpräsidium, Baudirektorin Ursula Wyss (SP). Diese hatte nach Protesten rasch eine Linienführung verworfen, bei der das Chalet der Familie Casaluci hätte abgerissen werden müssen.

Nun stellt sich der nationale Feuerwehrverband gegen die von Wyss favorisierte Variante (siehe Text rechts), die einen massiven Wertverlust des Wohnblocks der Feuerwehr zur Folge hätte. Von Graffenried sagte weiter, die Frage der finanziellen Entschädigung der Anwohner müsse nun von der Stadt «so rasch als möglich» angegangen werden. Ins gleiche Horn wie von Graffenried bläst auch Manfred Leibundgut, Präsident der Quartierkommission Dialog

«Planer brauchen in diesem Stadium so viel Spielraum wie möglich»

Manfred Leibundgut, Dialog Nordquartier

Nordquartier. «Architekturwettbewerbe haben schon die erstaunlichsten Lösungen hervorgebracht. Ich finde es eine schlechte Haltung, bereits jetzt Varianten auszuschliessen», sagte er am Rande des Rundgangs. Leibundgut ist selbst Architekt. «Planer brauchen in diesem Stadium so viel Handlungsspielraum wie

möglich.» Leibundgut führte die Stadtratsdelegation von der Polygonbrücke weiter zur Lorrainebrücke, dem eigentlichen Nadelöhr der geplanten Velohaupttroute Bahnhof Bern-Wankdorf. Täglich fahren Tausende Velofahrer durch den Flaschenhals. Die Stadt will dort nun eine Autospur zugunsten der

Velofahrer aufheben. «Ein neues Velobrückenprojekt anzustossen, ist schwierig, bevor eine Lösung auf der Lorrainebrücke realisiert ist», fasst Leibundgut den Tenor der Rundgangsteilnehmer zusammen.

Velosteg neben Lorrainebrücke?

Aufmerksam verfolgte SVP-Stadtrat Alexander Feuz die Ausführungen eines Experten, der erneut die Variante eines Velostegs neben der Lorrainebrücke ins Spiel brachte. «Eine solche Variante halte ich - im Gegensatz zu jener der Stadt - durchaus für prüfenswert.» David Stampfli (SP), Präsident von Pro Velo Bern, sieht diesen Vorschlag nur als «Nebelpetarde». Ein Steg an diesem Standort löse die Verkehrsprobleme beim Bollwerk überhaupt nicht. Sein Parteikollege Stefan Jordi pflichtete ihm bei. Ein Steg neben der Lorrainebrücke würde zudem niemals von Bundesgeldern profitieren. Für Jordi kommt die regionale Bedeutung der geplanten Velobrücke zu kurz, stattdessen werde über den Schattenwurf auf einzelne Häuser diskutiert. «Es herrscht noch zu viel Gärtchendenken», so Jordi. Die Meinungen über die Velobrücke sind selbst im links-grünen Lager noch lange nicht gemacht, wie die aufgeladene Diskussion in den letzten Monaten gezeigt hat. Dementsprechend wittern die Bürgerlichen Morgenluft: «Wir sehen reelle Chancen, das Prestigeobjekt in einer Volksabstimmung zu bodigen», sagt FDP-Fraktionschef Bernhard Eicher nach dem Rundgang. Die Planung der Velobrücke geht derweil weiter. Als Nächstes entscheidet der Stadtrat über eine Erhöhung des Planungskredits. Das Volk dürfte frühestens 2020 über das Projekt befinden.

Schreiben an den Feuerwehrverband

«Grosses Erstaunen» bei Ursula Wyss

Der Feuerwehrverband sei in die Planung der Velobrücke einbezogen gewesen, hält Ursula Wyss fest. Die gegenteilige Behauptung des Verbandes sei «schlicht falsch».

Gemeinderätin Ursula Wyss (SP) hat mit einem Brief an den Schweizerischen Feuerwehrverband auf den Bericht im «Bund» von gestern reagiert. Darin hatte der stellvertretende Verbandsdirektor Walter Pfammatter moniert, dass eine Liegenschaft des Verbandes durch die Velobrücke eine «massive Wertminderung» erfahre. Dies gefährde die Hilfskasse für verunfallte Feuerwehrleute, die aus den Mieterträgen gespeist werde. Zudem hat sich Pfammatter beklagt, dass die Stadt den Verband nie in die Planung einbezogen habe.

Letzteres habe sie «mit grossem Erstaunen gelesen», hält Wyss im Schreiben an den Verband fest. Diese Aussage sei «schlicht falsch». So habe das Tiefbauamt im Februar 2015 den Feuerwehrverband kontaktiert und sei an den Verwalter der Liegenschaft verwiesen

worden. Mit diesem habe in der Folge eine Begehung und ein weiteres persönliches Treffen stattgefunden. Auch sei der Liegenschaftsverwalter zu einer Informationsveranstaltung eingeladen und mit Projektplänen und Berichten bedient worden, schreibt Wyss. Bei einem Vorhaben wie der Velobrücke lasse sich die Beeinträchtigung einzelner Liegenschaften im städtischen Raum «nie gänzlich verhindern». Daher sei es wichtig, dass mit den Betroffenen möglichst einvernehmliche Lösungen gefunden werden könnten, hält Wyss fest.

Auch Wok Lorraine kontaktiert

Sie verwahrt sich auch gegen die Vorhaltung eines zweiten Grundeigentümers, dessen Neubau durch die Velobrücke ebenfalls beeinträchtigt würde. Die Stadt hätte mehrfach Gelegenheit gehabt, das Bauvorhaben unter Hinweis auf die Velobrücke zu stoppen, sagte ein Vertreter der Wok Lorraine AG. Wyss hält dem entgegen, dass die Projektverantwortung zum Zeitpunkt der Publikation des Baugesuches noch beim Kanton gelegen sei. Als die Stadt diese übernommen habe, sei auch die Wok Lorraine AG kontaktiert worden. (bob)

KWO zieht vor Bundesgericht

Die Kraftwerke Oberhasli kämpfen weiter für eine Erhöhung der Grimsel-Staumauer. Sie akzeptieren den Entscheid des Verwaltungsgerichts nicht.

Das Bundesgericht wird sich mit der geplanten Vergrößerung des Grimsel-Stausees befassen müssen. Der Oberländer Energiekonzern KWO zieht den Entscheid des bernischen Verwaltungsgerichts weiter, wie die KWO gestern mitteilte. Das Verwaltungsgericht hatte kurz vor Weihnachten einstimmig beschlossen, dass die Kraftwerke Oberhasli AG die beiden Staumauern des Grimselsees nicht erhöhen darf. Der Moorschutz stehe dem Vorhaben entgegen.

Die KWO will nun wissen, wie das höchste Gericht den Fall beurteilt. Die konkrete Auslegung des Moorschutzartikels in der Bundesverfassung sei von grosser Tragweite. Die Inventarisierung der Moore und die Festlegung von deren Perimeter liege in der Kompetenz des Bundesrats. Deshalb sei es angezeigt, für den letztinstanzlichen Entscheid das Bundesgericht anzurufen. Die KWO verweist auch auf die Bedeutung von Speicherseen für die Nutzung erneuerbarer Energien. Der Grosse Rat habe die Konzession für den Speichersee mit grossem Mehr erteilt. Deshalb stelle sich die Frage nach der Interessenabwägung in besonderer Weise.

Umweltschützer nicht überrascht

Der Bundesrat hatte 2004 die südliche Grenze der national geschützten Moorlandschaft Grimsel auf einer Höhenlinie von 27 Metern über dem heutigen Seerufer festgesetzt. Das war nach Einschätzung des Verwaltungsgerichts ein rein politischer Entscheid, um der KWO die Stauseevergrößerung zu ermöglichen. Doch die Bundesverfassung und die nationale Gesetzgebung erlaubten dieses Vorgehen nicht. Die Landesregierung habe ihren Ermessensspielraum verletzt. Zwar sei ein so rigoroser Moorschutz angesichts der Energiewende ein Luxus, hiess es in der öffentlichen Ur-

teilsberatung. Doch sei es nicht an den Gerichten, sondern an der Politik zu entscheiden, ob sich etwas ändern solle.

Die Umweltorganisationen reagieren derweil gelassen auf den Entscheid der KWO. «Dass sie weiterzieht und ihr Rechtsmittel ausnützt, ist normal. Wir glauben daran, dass das Bundesgericht das Urteil von Bern stützt», sagte Peter Anderegg, Präsident des Grimselvereins gegenüber dem «Regionaljournal». Er erachtet es als unwahrscheinlich, dass das Bundesgericht diesen Fall benutzen wird, um die Kompetenzen und die Auslegung des absoluten Moorschutzes in der Verfassung neu zu definieren. Das Bundesgericht habe in mehreren Fällen dem Moorschutz den Vorrang gegeben. Anderegg glaubt nicht, dass sich an dieser Rechtspraxis etwas ändern wird.

Langer Kampf

Die KWO möchte die Speicherkapazität des Grimsel-Stausees mit der Erhöhung der beiden Staumauern fast verdoppeln. Auf diese Weise könnte das Unternehmen das gespeicherte Wasser besser über das Jahr verteilt für die Stromproduktion einsetzen - und damit auch einen Beitrag an die Energiewende leisten. Selbst Vertreter der Branche sagen aber, dass die Energiestrategie 2050 des Bundes nicht vom Grimsel-Projekt abhängig ist. Im Alpenraum gebe es neben der Erhöhung der Grimsel-Staumauer diverse Vorhaben, um die Ausbauziele der Strategie im Bereich Wasserkraft zu erreichen, sagte BKW-Sprecher Tobias Fässler im Dezember gegenüber dem «Bund».

Der Kampf zwischen Umweltorganisationen und KWO dauert schon mehr als zwei Jahrzehnte. Eine erste Phase endete 1999, als die KWO das Projekt Grimsel-West aus energiewirtschaftlichen Gründen fallen liess. Eine zweite Phase ging 2009 vor Bundesgericht zu Ende. Das Gericht in Lausanne entschied, dass für die Vergrößerung des Grimselsees ein Konzessionsverfahren nötig sei. Der Grosse Rat genehmigte die Konzessionsänderung 2013 mit 139 Ja- zu 14 Nein-Stimmen. Die KWO gehört je zur Hälfte der BKW sowie den Energiewerken der Städte Bern, Zürich und Basel. (sda/lok)



Die KWO will die Grimsel-Staumauer erhöhen. Foto: Adrian Moser

Umbau der BLS-Werkstätte in Spiez rückt näher

Die BLS will voraussichtlich im Herbst 2017 mit dem Umbau der Werkstätte in Spiez beginnen. Ende 2019 sollen die Bauarbeiten abgeschlossen sein. Die Sanierung der Anlage sichere einen effizienten Betrieb, betonten die BLS-Vertreter gestern vor den Medien. Der grundlegende Umbau erfordere keinen zusätzlichen Landbedarf, das Areal sei durch Strasse, Schiene und Topografie begrenzt. Die Werkstatt ist sanierungsbedürftig und für die Instandhaltung längerer Fahrzeuge ungeeignet. Nun sollen die einzelnen, zum Teil verschaltelten Werkstattliegenschaften durch zwei lange Hallen ersetzt werden.

Ein Teil der Arbeiten - die schwere Instandhaltung - wird vor Beginn der Bauarbeiten vorübergehend in die Werkstatt Bönigen verlegt. Die BLS will die gesamte Instandhaltung ihrer Fahrzeuge in Spiez und an einem neuen Standort konzentrieren. Mit der Suche nach einem geeigneten Areal im Raum Bern tut sie sich allerdings schwer. Die Pläne für eine Werkstatt auf der grünen Wiese in Riedbach bei Bern sind auf starken Widerstand gestossen. Zurzeit sucht eine von der BLS eingesetzte Begleitgruppe nach Alternativen. (sda)

Kurz

Ostermundigen Sozialdienst bekommt einen neuen Chef

Ab März leitet Daniel Bock die Abteilung Soziales der Gemeinde Ostermundigen. Er tritt die Nachfolge von Philippe Gerber an, der schon Ende September aus gesundheitlichen Gründen seinen Posten abgegeben hat, wie die Gemeinde mitteilt. Der Wechsel hat somit nichts mit den Turbulenzen zu tun, die es in der Vergangenheit gegeben hat. 2009 etwa waren der damalige Abteilungsleiter sowie zwei Teamleiterinnen per sofort freigestellt worden. (pd/lok)

Biel

SVP erhebt Vorwürfe gegen Stadtregierung

Die SVP Biel leitet aus dem Gutachten von Professor Rainer J. Schweizer zur Administrativuntersuchung in der Sozialdirektion schwere Vorwürfe gegen die Stadtregierung ab. Gemäss SVP weist die Administrativuntersuchung von Alt-Regierungsrat Andreas Hubacher schwerwiegende Mängel auf und sei deshalb wertlos. Dem Gemeinderat wirft die Partei vor, die Mängel nicht erkannt, sondern sich den Bericht Hubacher zu eigen gemacht zu haben. So habe sie es Sozialdirektor Beat Feurer (SVP) verwehrt, seine Berichtigungen und Vermerke dazu anzubringen. Stadtpräsident Erich Fehr (SP) sagte auf Anfrage, er sehe keinen Grund, sich zu den Vorwürfen der SVP zu äussern. Diese seien eine Parteimeinung. (sda)

Thierachern Brandursache ist Fahrlässigkeit

Der Bauernhausbrand in Thierachern von Mitte Januar ist auf Fahrlässigkeit beim Auftauen einer zugefrorenen Wasserleitung zurückzuführen. Zu diesem Schluss kommen die Spezialisten der Kantonspolizei. Das Bauernhaus brannte vollständig nieder, drei Personen mussten mit Verdacht auf Rauchvergiftung ins Spital gebracht werden. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere Hunderttausend Franken, wie die regionale Staatsanwaltschaft gestern mitteilte. (sda)

Anzeige